

V&R Academic

Schriften zur politischen Kommunikation

Band 21

Herausgegeben von

Angela De Benedictis, Gustavo Corni, Brigitte Mazohl,

Daniela Rando und Luise Schorn-Schütte

Astrid von Schlachta / Ellinor Forster /
Kordula Schnegg (Hg.)

Wie kommuniziert man Legitimation?

Herrschen, Regieren und Repräsentieren in
Umbruchsituationen

Mit 3 Abbildungen

V&R unipress

Reihe des Internationalen Graduiertenkollegs »Politische Kommunikation von der Antike bis in das 20. Jahrhundert«



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8471-0428-5

ISBN 978-3-8470-0428-8 (E-Book)

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

© 2015, V&R unipress in Göttingen / www.v-r.de

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Printed in Germany.

Titelbild: Ausruf des neuen Churfürsten zu Würzburg am 1.^{ten} Februar 1806. Abgedruckt in: Chronik des Churfürstenthums Würzburg, 29. Mai 1806, S. [4].

Druck und Bindung: [CPI buchbuecher.de](http://CPI.buchbuecher.de) GmbH, Birkach

Gedruckt auf alterungsbeständigen Papier.

Inhalt

Vorwort	7
Maria Stopfner	
Wie kommuniziert man Legitimation? Sprachliche und außersprachliche Strategien der Politik im historischen Vergleich – eine linguistische Deutung historischen Arbeitens	9
Claudia Tiersch	
Der Freiheitsbegriff als Kategorie politischer Legitimation zwischen später Republik und früher Kaiserzeit	27
Kordula Schnegg	
Hitzige Debatten nach Caesars Ermordung. Herrschaftslegitimation in fiktiven Reden bei Appian und Cassius Dio	51
Volker Seresse	
»mériter et conserver le titre glorieux de Très-Chrétien«. Politische Sprache und Herrschaftslegitimation zur Zeit der Hugenottenkriege	73
Jörg Ludolph	
Die politische Sprache auf den Landtagen in Schleswig-Holstein (16. und 17. Jahrhundert)	93
Daniel Schläppi	
Legitimation in Zeiten der Revolution. Symbolnutzung und politische Konzepte im helvetischen Einheitsstaat (Schweiz 1798–1803)	121

Ellinor Forster	
»Legitimationsbedingungen« für den neuen Herrscher. Der Empfang Ferdinands III. von Toskana durch seine neuen Untertanen – Salzburg 1803 und Würzburg 1806	145
Astrid von Schlachta	
Von unten nach oben – Das Regionale für das Ganze? Aspekte der regionalen politischen Kultur in Dithmarschen im 19. Jahrhundert	167
Frank Engehausen	
Herrschaftsjubiläen und Herrschergeburtstage im deutschen Kaiserreich	191
Anke John	
Das Reich als »Organismus« oder »Mechanismus« – Bundesstaat und Einheitsstaat in der Imagination der Weimarer Zeitgenossen	205
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	229

Vorwort

Wie wird Macht legitimiert? Welcher Semantiken und Kommunikationsstrategien bedienen sich am politischen Diskurs teilnehmende Akteure und Akteurinnen? Wie veränderten sich Regulierungs- und Disziplinierungsprozesse im Zusammenhang mit Herrschaft in verschiedenen historischen Epochen und Kontexten und wie lassen sich diese erfassen? Diese und ähnliche Fragestellungen diskutierte eine internationale Gruppe von Forscherinnen und Forschern bei der Tagung »Wie kommuniziert man Legitimation? Herrschen, Regieren und Repräsentieren in Umbruchsituationen«, die vom 11. bis 13. Juni 2008 an der Universität Innsbruck stattfand.

Die vorliegende Publikation greift die Leitlinien dieser Tagung auf. In den einzelnen Beiträgen wird das Augenmerk auf die politische Kommunikation in einem jeweils spezifischen historischen Kontext gelenkt (von der Antike bis ins 20. Jahrhundert). Dabei liegen dem »Politischen« unterschiedliche Definitionen zu Grunde, die einführend wissenschaftstheoretisch – in einer Zusammenführung sprachwissenschaftlicher und historischer Perspektiven – diskutiert werden.

Mit diesem epochenübergreifenden und interdisziplinären Ansatz steht der Band im Kontext des Internationalen Graduiertenkollegs »Politische Kommunikation von der Antike bis ins 20. Jahrhundert«, das 2004 an den Universitäten Frankfurt, Innsbruck, Trient, Bologna und später auch Pavia eingerichtet wurde. Eng in Verbindung mit dem Graduiertenkolleg entstand 2006 in Innsbruck der Cluster »Politische Kommunikation« im Forschungsschwerpunkt »Kulturelle Begegnungen – Kulturelle Konflikte«, der den engeren Hintergrund der Tagung bildete.

Wir danken dem Internationalen Graduiertenkolleg für die Aufnahme des Bandes in die Reihe »Schriften zur politischen Kommunikation«. Die Drucklegung wurde ermöglicht durch die freundliche Unterstützung der Frauenbeauftragten der Fakultät Philosophie, Kunst-, Geschichts- und Gesellschaftswissenschaften an der Universität Regensburg sowie des Landes Vorarlberg und des Landes Tirol.

Kordula Schnegg, Ellinor Forster, Astrid von Schlachta

Wie kommuniziert man Legitimation? Sprachliche und außersprachliche Strategien der Politik im historischen Vergleich – eine linguistische Deutung historischen Arbeitens¹

Sprache in der Politik

Auch wenn sich die politischen Voraussetzungen über die Jahrtausende verändert haben, so ist Politik doch damals wie heute vor allem die Kunst, in der Öffentlichkeit Zustimmungsbereitschaft zu erzeugen,² indem bestimmte Wahrnehmungen bei verschiedenen Zielgruppen verstärkt oder verhindert werden.³ Die Geschichte, jedes Jahrhundert und jede Epoche, bringt eigene Diskussionen über die Legitimität von Herrschaft, über die Rechtmäßigkeit von Herrschaft, hervor.⁴ Es sollen hier lediglich einige Aspekte dieser Diskussionen herausgegriffen werden, um das Szenario schlaglichtartig zu beleuchten, in dem die folgenden Beiträge stehen. Legitimation, die übergeordnete Rechtfertigung von Herrschaft, kann auf verschiedenen Wegen hergestellt werden: Geschichte, göttliche Texte und Offenbarungen, Mythen, Verwaltung oder Verfassung sind nur einige Mittel. Viel zitiert ist die Aussage Max Webers, derzufolge die Legitimität von Herrschaft durch Tradition, Legalität und Charisma durchgesetzt

1 Für die Ergänzungen zur Diskussion von Legitimation und Legitimität in der geschichtswissenschaftlichen Forschung danke ich Astrid von Schlachta.

2 Hermann Lübke, zit. in: Frank LIEDTKE: Stereotypensemantik, Metaphertheorie und Illokutionsstruktur – Die Analyse politischer Leitvokabeln in linguistischer Perspektive, in: Karin Böke/Ders./Martin Wengeler (Hg.), Politische Leitvokabeln in der Adenauer-Ära (Sprache, Politik, Öffentlichkeit 8), Berlin/New York 1996, S. 1–17, hier S. 3.

3 Wolfgang BERGSDORF: Politik und Sprache (Geschichte und Staat 213), München 1978, S. 48.

4 Karin GLASER: Über legitime Herrschaft. Grundlagen der Legitimitätstheorie, Wiesbaden 2013; Utz SCHLIESKY: Souveränität und Legitimität von Herrschaftsgewalt. Die Weiterentwicklung von Begriffen der Staatslehre und des Staatsrechts im europäischen Mehrebenensystem (Ius Publicum 112), Tübingen 2004; Heide WUNDER: Einleitung. Dynastie und Herrschaftssicherung: Geschlechter und Geschlecht, in: Dies. (Hg.), Dynastie und Herrschaftssicherung in der Frühen Neuzeit. Geschlechter und Geschlecht (Zeitschrift für Historische Forschung, Beiheft 28), Berlin 2002, S. 9–27; Mikael ALM: Royalty, Legitimacy and Imagery, in: Scandinavian Journal of History 28 (2003), S. 19–36; Luise SCHORN-SCHÜTTE/Sven TODE (Hg.): Debatten über die Legitimation von Herrschaft. Politische Sprachen in der Frühen Neuzeit (Wissenskultur und Gesellschaftlicher Wandel 19), Berlin 2006.

werden kann.⁵ In seinem sehr ausführlichen und grundlegenden Artikel zur »Legitimität, Legalität« weist Thomas Würtenberger in den »Geschichtlichen Grundbegriffen« auf die Verortung des Begriffs zunächst in der frühneuzeitlichen Staatstheorie und den Wandel zum Kampfbegriff im frühen 19. Jahrhundert hin.⁶

Die Frage der Legitimation berührt die Souveränität in einem Gemeinwesen; die Akteure entwickeln ihre Strategien zur Legitimation ihrer Herrschaft oder ihrer Herrschaftsansprüche. In der theoretisch gedachten absoluten Monarchie bot das Gottesgnadentum die unverrückbare Basis für königliche Herrschaft. Für Jean Bodin war der Monarch in der »monarchie royale« der oberste Souverän, nicht gebunden an die Befehle der Untertanen, sondern alleiniger Gesetzgeber. Die umwälzenden Veränderungen des späten 18. Jahrhunderts stellten die Legitimität monarchischer Herrschaft dann umfassend infrage. Legitimität an sich wurde zum Kampfbegriff, der von monarchischer wie demokratisch-liberaler Seite besetzt wurde. Das Gottesgnadentum, die Konstitution und der Wille des Volkes wurden Legitimationsmöglichkeiten von Herrschaft, konkurrierende Modelle kämpften um Anerkennung und Legitimität. Gerade in Zeiten einschneidender Veränderungen und traditionale Herrschaft infrage stellender Umwälzungen war der Kampf um die Legitimität von Herrschaft besonders mächtig und Strategien zur Legitimation besonders nötig. Frankreich machte es 1789 vor: Der aus der Revolution hervorgegangene Gesetzgeber begründete nun die Legitimität der Monarchie. Johannes Paulmann hat gezeigt, welche Strategien die Monarchen im 19. Jahrhundert entwickelten, um ihre Legitimität zu festigen.⁷

Politische Legitimation muss kommuniziert werden, sei es um die eigenen politischen Ziele durchzusetzen oder geplante bzw. bereits umgesetzte Programme und Maßnahmen zu rechtfertigen.⁸ Und daher mag es nicht verwundern, dass die kommunikativen Muster, die sich in den einzelnen Beiträgen des vorliegenden Bandes finden lassen, eine Brücke schlagen von der römischen Republik über die Hugenottenkriege in Frankreich bis zur Weimarer Republik. Aufgabe dieses einleitenden Beitrags soll es sein, jene sprachlichen Bausteine

5 Max WEBER: *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*, Tübingen 1922.

6 Thomas WÜRTEMBERGER: *Legitimität, Legalität*, in: Otto Brunner u. a. (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 3, Stuttgart 1982, S. 677 – 740. Vgl. auch DERS.: *Die Legitimität staatlicher Herrschaft. Eine staatsrechtlich-politische Begriffsgeschichte*, Stuttgart ²1973.

7 Johannes PAULMANN: *Pomp und Politik. Monarchenbegegnungen in Europa zwischen Ancien Régime und Erstem Weltkrieg*, Paderborn u. a. 2000; auch: Volker SELLIN: *Gewalt und Legitimität. Die europäische Monarchie im Zeitalter der Revolutionen*, München 2011.

8 Walther DIECKMANN: *Politische Sprache, politische Kommunikation: Vorträge, Aufsätze, Entwürfe*, Heidelberg 1981, S. 138.

freizulegen, mit denen – aus sprachwissenschaftlicher Sicht – diese Brücke gespannt werden kann.

Seitens der Linguistik wurde die Beschäftigung mit Sprache in der Politik vor allem durch die Erfahrung der nationalsozialistischen Propagandamaschinerie angestoßen, indem die kritische Revision des Sprachgebrauchs im Dritten Reich zur gesellschaftspolitischen Notwendigkeit wurde.⁹ In den folgenden Jahrzehnten wurde der Gegenstandsbereich der Politolinguistik¹⁰ jedoch stark ausgeweitet: Dieser reicht mittlerweile von der semantischen Analyse des politischen Wortschatzes, der pragmatischen Untersuchung typischer Sprechhandlungen politischer Akteurinnen und Akteure bis hin zur Beschäftigung mit Diskursstrategien im Zusammenspiel von Politik und Medien.¹¹ Doch obwohl das sprachwissenschaftliche Interesse immer wieder durch zeitgeschichtliche Ereignisse neu entfacht wurde – wie die zahlreichen Arbeiten zum Diskurs der 68er-Generation, zur Rüstungsdiskussion, zur Sprache der deutschen Wende und des wiedervereinigten Deutschland beweisen¹² –, sind Arbeiten zur Sprache in der Politik, die über die letzten hundert Jahre hinausreichen, spärlich gesät, jedoch in den letzten Jahren vor allem durch interdisziplinäre und epochenübergreifende Forschungskollegs verstärkt in das Interesse der historischen Forschung geraten. Joachim Herrgen zweifelte im Jahr 2000 noch die Machbarkeit historiologische Arbeiten an, da die theoretische Bedingung, dass jeder nur denkbare Einfluss mit in die Analyse aufgenommen werden müsse, praktisch nicht erfüllbar sei.¹³ Derart allumfassende Forschungsvorhaben könnten daher seiner Meinung nach nur interdisziplinär gelöst werden.¹⁴

Historische Arbeiten beispielsweise zu den »Sprachen des Republikanismus« waren bahnbrechend für Forschungsverbände wie jenen des Internationalen Graduiertenkollegs »Politische Kommunikation von der Antike bis ins

9 Armin BURKHARDT: Vom Schlagwort über die Tropen zum Sprechakt, in: *Der Deutschunterricht* 55/2 (2003), S. 10 – 22, hier S. 10.

10 Armin BURKHARDT: Politolinguistik – Versuch einer Ortsbestimmung, in: Josef Klein/Hajo Diekmannshenke (Hg.), *Sprachstrategien und Dialogblockaden – Linguistische und politikwissenschaftliche Studien zur politischen Kommunikation (Sprache, Politik, Öffentlichkeit 7)*, Berlin/New York 1996, S. 75 – 100.

11 Hajo DIEKMANNSHENKE: Politische Kommunikation im historischen Wandel – Ein Forschungsüberblick, in: Ders./Iris Meißner (Hg.), *Politische Kommunikation im historischen Wandel (Stauffenburg-Linguistik 19)*, Tübingen 2001, S. 1 – 27.

12 BURKHARDT, Schlagwort (wie Anm. 9), S. 10 f.

13 Joachim HERRGEN: *Die Sprache der Mainzer Republik (1792/93) – Historisch-semantische Untersuchungen zur politischen Kommunikation (Germanistische Linguistik 216)*, Tübingen 2000, S. 37.

14 Ebd., S. 36.

20. Jahrhundert«. Mittlerweile ist ein breites Spektrum an Formen politischer Kommunikation zum Thema der historischen Forschung geworden.¹⁵

Der vorliegende Beitrag mag aus linguistischer Sicht einen überblicksartigen Versuch in diese Richtung darstellen, indem aus der Fülle an möglichen Untersuchungsfeldern auf den folgenden Seiten Wortschatz, Argumentation und Visualisierung herausgegriffen und näher betrachtet werden: Diese drei grundlegenden Elemente politischer Kommunikation sollen als roter Faden dienen, der den Weg durch die in diesem Band versammelten Jahrtausende weist.

Die Wahl des richtigen Wortes

Sprache in der Politik fußt zunächst zu einem beträchtlichen Teil auf der Wirkung einzelner Wörter, die an prominenter Stelle die Programme und Positionen schlaglichtartig verdichten und die durch wiederholte Verwendung sprachlich wie auch gesellschaftspolitisch verankert werden.¹⁶ Der Wortschatz einer Gesellschaft lässt sich dabei als eine Sammlung konventionalisierter Konzepte begreifen, mit denen bestimmte Ausdrücke verbunden sind, aus denen der jeweilige Sprecher bzw. die jeweilige Sprecherin auswählen kann.¹⁷ Die mit den Begriffen verbundenen Urteile fließen in die Konzepte ein und werden automatisch mit den Wörtern abgerufen,¹⁸ sodass sie »die sozialen Entscheidungen des Sprachbenutzers u. U. [unter Umständen] stärker als rationale und voll bewusste Denkvorgänge«¹⁹ bestimmen. Die Annahme in Zusammenhang mit politisch motivierter Wortverwendung ist, dass die politischen Akteurinnen und Akteure sich dieser Wirkung durchaus bewusst sind und sie für ihre Zwecke nutzen, indem einerseits gekonnt mit dem breiten Spektrum an möglichen Ausdrücken gespielt wird und andererseits aktiv in die Bedeutung der verwendeten Wörter eingegriffen wird.²⁰ Den politischen Akteurinnen und Akteuren geht es dabei in erster Linie darum, die eigene Position aufzuwerten und den Standpunkt der politischen Gegnerin bzw. des politischen Gegners abzu-

15 Vgl. z. B. die verschiedenen Bände der Reihe »Schriften zur politischen Kommunikation« sowie der Reihe »Historische Politikforschung«.

16 LIEDTKE (wie Anm. 2), S. 3 f.

17 Rolf BACHEM: Einführung in die Analyse politischer Texte – Analysen zur deutschen Sprache und Literatur, München 1979, S. 43.

18 Ebd., S. 44.

19 Ebd.

20 Johannes VOLMERT: Politikerrede als kommunikatives Handlungsspiel – Ein integriertes Modell zur semantisch-pragmatischen Beschreibung öffentlicher Rede, München 1989, S. 78.

werten.²¹ Eine wichtige Rolle bei der Aufwertung der eigenen und Abwertung der gegnerischen Position spielen spezifische Kontextualisierungen:²² Hierbei wird eine für die politische Bewegung wichtige Leitvokabel, ein Sachverhalt oder eine Person wiederholt mit bestimmten positiv oder negativ gewerteten Ausdrücken in Verbindung gebracht, um so den politischen Zielen entsprechende Assoziationen aufzubauen und einzuschleifen.²³ Einzelne Wörter bzw. Wortverbindungen werden auf diese Weise für bestimmte politische Gruppen gezielt aufgebaut und gewinnen damit auch besonderes Gewicht, »weil sich in ihnen universale sozial-politische Bestrebungen der Menschen zu spiegeln scheinen oder auch weil sie eine geschichtliche Selbstidentifikation ermöglichen.«²⁴ Ein Beispiel hierfür ist der Titel des *allerchristlichsten Königs*, des *roi très-chrétien*, wie ihn Volker Seresse in diesem Band zur Zeit der Hugenottenkriege findet: Als die Legitimation des jeweiligen Königs fraglich wurde, entwickelte sich der *roi très-chrétien* zum Schlüsselbegriff und zum Fahnenwort des französischen Königs, d. h. er wurde zu einer politischen Bezeichnung, deren Funktion es war, als »parteisprachlich« erkannt zu werden.²⁵ Denn Fahnenwörter sind

»dazu da, dass an ihnen Freund und Feind den Parteistandpunkt, für den sie stehen, erkennen sollen. [...] Solche Wörter können in der Tat, wenn man sie ostentativ verwendet, wie eine Fahne wirken, die man hoch hält und ins Feld führt – oder auch wie ein rotes Tuch.«²⁶

Ein Großteil der in der Politik verwendeten Wörter ist laut Klein jedoch den Hochwertwörtern zuzurechnen:²⁷ Hochwertwörter besitzen eine Sonderstellung, berufen sie sich doch als »traditionell hochaggregierte Symbole«²⁸ auf die Glaubenssätze einer Gesellschaft. Sie wirken zugleich mobilisierend und stabilisierend,²⁹ indem sie als die »durch Geschichten und Geschichte gewachsenen, aus keiner Gesellschaft wegzudenkenden Orientierungspunkte und Erinne-

21 Vgl. dazu Hans Dieter ZIMMERMANN: Die politische Rede – Der Sprachgebrauch Bonner Politiker (Sprache und Literatur 59), Stuttgart 1969.

22 Karin BÖKE: Politische Leitvokabeln in der Adenauer-Ära – Zu Theorie und Methodik, in: Dies./Liedtke/Wengeler (wie Anm. 2), S. 19–50, hier S. 38.

23 Ebd.

24 BACHEM (wie Anm. 17), S. 62.

25 Volker SERESSE: »meriter et conserver le titre glorieux de Très-Chrétien«. Politische Sprache und Herrschaftslegitimation zur Zeit der Hugenottenkriege, S. 73–92 in diesem Band.

26 Fritz HERMANN: Brisante Wörter – Zur lexikographischen Behandlung parteisprachlicher Wörter und Wendungen in Wörterbüchern der deutschen Gegenwartssprache, in: Herbert Ernst Wiegand (Hg.), Germanistische Linguistik – Studien zur neuhochdeutschen Lexikographie, Hildesheim/New York 1982, S. 91.

27 Josef KLEIN: Demokratischer Wortschatz und Wortgebrauch, in: Jörg Kilian (Hg.), Sprache und Politik – Deutsch im demokratischen Staat (Thema Deutsch 6), Mannheim 2005, S. 128–140.

28 Georg KLAUS, Sprache der Politik, Berlin 1971, S. 139.

29 BACHEM (wie Anm. 17), S. 65.

rungsstützen«³⁰ dienen. Es liegt in der Natur der Hochwertwörter, dass sie stets positiv konnotiert sind,³¹ wobei jedoch ihr »Stichwort- und Heilsbotschaftscharakter erst voll zu erkennen ist im Zusammenhang mit den aktuellen Nöten und schwebenden Fragen der augenblicklichen Gesellschaft und der Rolle des Sprechers in ihr.«³² *Sicherheit* ist ein Beispiel für ein modernes Hochwertwort, das seit 9/11 die globale Politik entscheidend mitbestimmt. Doch auch der von Jörg Ludolph in diesem Band beschriebene Rekurs auf die *Wohlfahrt* seitens der Schleswig-Holsteinischen Landesherren im 16. und 17. Jahrhundert fällt in die Kategorie der Hochwertwörter, galt die *Wohlfahrt* doch, so Jörg Ludolph, »als hohes politisches Gut«, das »unbedingt geschützt werden musste«³³ – meist mit militärischen Mitteln, deren Kosten unter Berufung auf eben diese *Wohlfahrt* legitimiert wurden.

Da Hochwertwörter einerseits einen breit akzeptierten emotiven Gehalt besitzen und andererseits ein großes Spektrum an Bedeutungen in sich vereinen, versucht jede politische Gruppe, sie für sich zu vereinnahmen und den eigenen Zielen zuzuordnen.³⁴ So ist *Freiheit* ein Hochwertwort, das zu verschiedenen Zeiten von gänzlich gegensätzlichen politischen Gruppierungen für sich vereinnahmt wurde: Claudia Tiersch zeigt zum Beispiel in ihrem Beitrag, wie der Begriff der *libertas* sowohl von der römischen Republik als auch vom römischen Kaiser für sich beansprucht wurde;³⁵ ähnliches findet Daniel Schläppi in diesem Band in Zusammenhang mit der Freiheitssymbolik der Schweizer Helvetik um 1800.³⁶ Möglich wird diese widersprüchliche Verwendung des Freiheitsbegriffs durch die »ideologische Polysemie«³⁷ des politischen Wortschatzes. Die Mehrdeutigkeit politischer Begriffe ist ein Spezifikum der Sprache in der Politik, indem die verschiedenen Gruppierungen umstrittene Wörter der eigenen Ideologie entsprechend auslegen.³⁸ Im Unterschied zur Mehrsinnigkeit, die durch die lexikalische Bedeutung des Wortes begründet ist und durch den

30 BACHEM (wie Anm. 17), S. 65.

31 Gerhard STRAUß: Der politische Wortschatz – Zur Kommunikations- und Textsortenspezifik (Forschungsberichte des Instituts für deutsche Sprache Mannheim 60), Tübingen 1986, S. 103.

32 BACHEM (wie Anm. 17), S. 63.

33 Jörg LUDOLPH: Die politische Sprache auf den Landtagen in Schleswig-Holstein (16. und 17. Jahrhundert), S. 93 – 119 in diesem Band.

34 Johannes SCHWITALLA: Konnotationen in gebrauchstexten – Möglichkeiten der analyse im unterricht, in: *Wirrendes Wort* 27 (1977), S. 171 – 181, hier S. 177 f.

35 Claudia TIERSCH: Der Freiheitsbegriff als Kategorie politischer Legitimation zwischen später Republik und früher Kaiserzeit, S. 27 – 49 in diesem Band.

36 Daniel SCHLÄPPI: Legitimation in Zeiten der Revolution. Symbolnutzung und politische Konzepte im helvetischen Einheitsstaat (Schweiz 1798 – 1803), S. 121 – 144 in diesem Band.

37 Walther DIECKMANN: Deutsch: politisch – Politische Sprache im Gefüge des Deutschen, in: Kilian (wie Anm. 27), S. 11 – 30.

38 LIEDTKE (wie Anm. 2), S. 2.

Kontext geklärt wird, kann Mehrdeutigkeit die Verständigung auf schwammigen Untergrund bringen, da die Wörter plötzlich in mehreren, vollkommen verschiedenen Weltanschauungen einen wichtigen Platz einnehmen.³⁹ Laut Claudia Tiersch verweist das erwähnte *libertas*-Konzept der römischen Antike etwa auf drei unterschiedliche Interpretationsschemata, je nachdem, ob es sich um den Freiheitsbegriff des Senats, den Freiheitsbegriff der Popularen oder den Freiheitsbegriff des Prinzipats handelt: Der Senat fürchtete vor allem das Aufstreben eines einzelnen Politikers, der der unbeschränkten Senatsherrschaft ein Ende setzen könnte; die popularen Gegner gründeten ihren Freiheitsbegriff auf bereits bestehende Missstände und suchten nach physischer wie auch finanzieller Sicherheit; da die Schirmherrschaft des Prinzipats vor der adligen Willkür und vor materieller Not schützte, bedeutete die monarchische Kontrolle somit durchaus einen Zugewinn für die Freiheit der Bevölkerung.

Politische Gruppierungen müssen jedoch nicht nur eigene Formulierungen prägen, sie müssen vor allem auch eine Antwort auf den gegnerischen Sprachgebrauch finden: Gegnerische Begriffe können in einem ersten Schritt einfach vermieden oder negiert werden; ein geschickter Propagandist bzw. eine geschickte Propagandistin wird jedoch die gegnerischen Wörter aufnehmen und den eigenen Intentionen entsprechend umdeuten bzw. umwerten.⁴⁰ Um in den Bedeutungsaufbau eines Begriffes einzugreifen, bedient man sich wiederum des unmittelbaren sprachlichen Kontextes, in dem der Ausdruck verwendet und geprägt wird.⁴¹ Johannes Volmert beschreibt das Vorgehen politischer Akteurinnen und Akteure in diesem Zusammenhang wie folgt:

»Das Etikettierungshandeln in öffentlicher Rede überformt die semantische Struktur der adaptierten Bezeichnungen, indem es ganz bestimmte Merkmale unterdrückt, andere besonders akzentuiert oder auch neue hinzufügt – je nach der intendierten Zuordnung zu einem neuen Funktionszusammenhang.«⁴²

So zeigt Daniel Schläppi in seinem Beitrag zu den politischen Konzepten in der Zeit des ersten Schweizer Einheitsstaats, wie die damalige Obrigkeit versuchte, an alte Begriffe und Symbole mit veränderter Bedeutung anzuschließen. Da aber inhaltliche Veränderungen nur dann übernommen werden, wenn sie der gesellschaftspolitischen Realität entsprechen,⁴³ waren die Legitimierungsversuche

39 Walther DIECKMANN: Sprache in der Politik, in: Martin Greiffenhagen (Hg.), Kampf um Wörter? Politische Begriffe im Meinungsstreit, München/Wien 1980, S. 47 – 64, hier S. 53 f.

40 Walther DIECKMANN: Information oder Überredung – Zum Wortgebrauch der politischen Werbung in Deutschland seit der Französischen Revolution (Marburger Beiträge zur Germanistik 8), Marburg 1964, S. 127.

41 BÖKE (wie Anm. 22), S. 38.

42 VOLMERT (wie Anm. 20), S. 78.

43 Fritz KUHN: »Begriffe besetzen« – Anmerkungen zu einer Metapher aus der Welt der Machbarkeit, in: Liedtke/Wengeler/Böke (wie Anm. 2), S. 90 – 110, hier S. 99.